

## **Stellungnahme der „Bundesarbeitsgemeinschaft Schulpraktische Studien“ zur „Empfehlung zur Harmonisierung der Semester- und Vorlesungszeiten an deutschen Hochschulen im europäischen Hochschulraum“**

Die Hochschulrektorenkonferenz hat am 4. Mai 2007 eine Empfehlung zur Harmonisierung der Semester- und Vorlesungszeiten ausgesprochen, um die deutschen Universitäten stärker an europäische Gepflogenheiten anzupassen.

Dort heißt es, dass „Probleme wie die Reform der Studienstruktur und die Durchführung von Praktika“ unabhängig von dem Harmonisierungsvorschlag entstanden seien, aber mit berücksichtigt werden sollen. Es stellt sich die Frage, auf welche Art und Weise dies geschehen soll.

Auch wird darauf verwiesen, dass die deutsche Semestereinteilung und der Zeitraum der Vorlesungen die internationale Mobilität der Studierenden in erheblichem Maße behindere, da die Vorlesungszeiten des deutschen Wintersemesters bis auf wenige Ausnahmen mit fast allen Frühjahr-/Sommersemesterzeiten im Ausland kollidieren – was nicht von der Hand zu weisen ist.

Zu beiden Punkten soll kurz Stellung genommen werden.

### **Zur Integration der Praxisphasen in harmonisierte Semester- und Vorlesungszeiten**

Die Bundesarbeitsgemeinschaft begrüßt grundsätzlich die Initiative zur Harmonisierung der Semester- und Vorlesungszeiten, gibt allerdings zu bedenken, dass sie in der vorgeschlagenen Weise zu kurz greift. Wenn eine Harmonisierung der Semester- und Vorlesungszeiten realisiert werden soll, muss sie in eine Zeitstruktur eingebettet sein, die ein reguläres Studium ermöglicht. Ein solches Studium ist für künftige Lehrerinnen und Lehrer nur dann möglich, wenn die Ausbildungsanteile – und zu diesen Anteilen gehören selbstverständlich die Praxisphasen – im Rahmen des regulären Studiums abgeleistet werden können. Dies ist nur dann möglich, wenn auch die Ferienzeiten der Schulen an die Semester- und Vorlesungszeiten angepasst werden würden. Es wäre daher wünschenswert, die Schulferien in die Empfehlung mit einzubeziehen.

Sollte dies – in Hinblick auf die länderspezifischen Besonderheiten – nicht möglich sein, sieht die Bundesarbeitsgemeinschaft folgende Lösungsansätze:

1. Es wäre denkbar, bestimmte Praxisphasen prinzipiell semesterbegleitend stattfinden zu lassen. Diese Möglichkeit stellt allerdings hohe Anforderungen an die Organisation und Planung auf Seiten der Universitäten, die vielerorts aus kapazitiven Gründen nicht geleistet werden können. Auch lässt sich eine Berufseignung bei Tagespraktika und semesterbegleitenden Praktika schlechter überprüfen.
2. Es könnten Praxissemester eingeführt werden, damit Praktika und auf die Lehrerausbildung bezogene Veranstaltungen stärker miteinander gekoppelt sind und die Schulferien mit bedacht werden können.

Beschlüsse und Empfehlungen dieser Art müssten darüber hinaus zunächst auf Bundesebene geregelt und mit weiteren Gremien – wie z. B. der KMK – vorab geklärt werden, damit Möglichkeiten zur Umsetzung vereinfacht werden können. Wir wünschen uns daher, dass die Harmonisierungsempfehlungen auf Bundesebene diskutiert und beschlossen werden, damit

nicht bundesweite Bestimmungen durch landesweite Regelungen außer Kraft gesetzt werden können.

### **Zur Behinderung der Mobilität**

Die Mobilität der (Lehramts-)Studierenden an deutschen Universitäten leidet weniger an der fehlenden Übereinstimmung der Semesterzeiten, sondern an der unzureichenden Abstimmung der Länder bei der Umstellung auf BA-/MA-Studiengänge. Es fehlen sowohl länderspezifische Vorgaben für die Lehrerausbildung als auch Vorgaben für die Umsetzung des Bologna-Prozesses. Die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge hat zu derart heterogenen Lösungen geführt, dass für Studierende die Gefahr besteht, dass es sowohl zu einer Verlängerung der Studienzeit als auch zu einer Erhöhung der Kosten kommt, wenn der Studienplatz auch nur um wenige hundert Kilometer verlagert wird.

Unter diesen Umständen findet es die Bundesarbeitsgemeinschaft hilfreicher, wenn im Rahmen dieser Probleme Regelungen gefunden und vorab breit abgesichert werden würden, die es Studierenden ermöglichen, künftig – wie im Bologna-Prozess vorgesehen – die Studienwahl flexibler und einfacher zu gestalten.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Jens Winkel

Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Schulpraktische Studien (BaSS)

Quelle:

[http://www.hrk.de/109\\_3747.php](http://www.hrk.de/109_3747.php)